

Extremismus muss mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden

Zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes erklärt die Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Anne Lütkes**:

Der Verfassungsschutz wurde in den letzten Jahren so aufgestellt, dass er in Schleswig-Holstein eine ordentliche Arbeit machen kann. Der staatliche Druck auf verfassungsfeindliche Organisationen ist konstant hoch. Straftaten der rechtsradikalen Szene werden konsequent verfolgt.

Daneben müssen wir die politische Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften weiter führen. Den Demokraten ist es gelungen, den Einzug Rechtsextremer in den Landtag zu verhindern. Die NPD hat mit ihrem Wahlergebnis von 1,9 Prozent einen Rückschlag erlitten.

Der Kampf gegen Extremismus und terroristische Bedrohung muss weiter mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt werden. Wir werden beobachten, ob der neue Innenminister die Kraft hat, diesen Grundsatz auch in der großen Koalition zu wahren. Das wird sich spätestens bei der Frage der Verlängerung der Rasterfahndung zeigen. Diese Maßnahme ist nach dem schleswig-holsteinischen Landesrecht bis Ende 2005 befristet.

Erfreulich ist, dass Bündnis 90/Die Grünen sich mit der Forderung nach Befristung der Antiterrorgesetze langfristig durchsetzen konnten. Für uns Grüne gilt weiterhin als Maßstab für grundrechtsbeschränkende Gesetze: Sie werden von uns nur und so lange mitgetragen, wie sie erforderlich und verhältnismäßig zur Bewältigung von Sicherheitsproblemen sind. Dieser Haltung hat sich heute auch Innenminister Stegner öffentlich angeschlossen.
